

Dr. Klaus Engel

**„Soziale Marktwirtschaft – Auslaufmodell
oder Zukunftschance“**

am 11. Januar 2011

**in der Bildungsakademie Wolfsburg des
Bistums Essen**

Eure Exzellenz Bischof Overbeck,
sehr geehrter Herr Dr. Schlagheck,
sehr verehrte Gäste des heutigen Abends,
meine Damen und Herren,

Herzlichen Dank für die Einladung
in die Bildungsakademie Wolfsburg –
es freut mich, heute Gast sozusagen
in der Höhle des Löwen zu sein:

Ein Protestant in der katholischen Akademie,
das war nicht immer so selbstverständlich
in der wechsellvollen Geschichte der
Zusammenarbeit zwischen Kirchen und
Unternehmen im Ruhrgebiet:

- Hier waren die Arbeiter fast immer
katholisch und die Unternehmer fast
durchweg evangelisch.
- Hier wurden die ersten Streiks vor über
100 Jahren von Katholiken angezettelt.
- Hier denunzierten protestantische
Unternehmer Streiks als
Jesuitenaufstände.

Meine Damen und Herren,

es stimmt:

Die Gegensätze zwischen Protestanten und
Katholiken haben die Geschichte des
Ruhrgebietes bis heute geprägt.

Aber soviel sei vorweggenommen:

Es waren vor allem die gemeinsamen
Überzeugungen der beiden Konfessionen,
die nach dem Zweiten Weltkrieg mitten im
Ruhrgebiet das rheinische Modell
der sozialen Marktwirtschaft möglich
machten, das im übrigen gerade eine
erstaunliche Wiederauferstehung feiert.

Angefangen hatte es im vorvorigen
Jahrhundert:

Katholische Arbeitervereine organisierten und repräsentierten die soziale Bewegung als Erste.

Schon 1878 gab es fast 230 Vereine mit 46.000 Mitgliedern, also zwanzig Mal mehr als die Sozialdemokratie mit ihren 2300 Mitgliedern zur gleichen Zeit im Ruhrgebiet hinter sich versammeln konnte.

Die Katholiken trugen die Hauptlast der Arbeitskämpfe, aber auch der Repressalien. Erst mit dem Erstarren des Sozialismus veränderte sich langsam die Rolle der katholischen Arbeitervereine.

Die verfolgten anfangs eher religiös-sittliche Ziele und engagierten sich für in Not geratene Bergleute.

Das Elend war groß, die Lebensumstände unbeschreiblich:

Arbeitszeiten bis zu 17 Stunden am Tag, Kinderarbeit, klägliche Wohnverhältnisse und Hungersnöte.

Da waren tätige Nächstenliebe, Mildtätigkeit und Barmherzigkeit mehr als gefragt.

Die soziale katholische Bewegung mit den Kaplänen und Ordensschwestern an der Spitze mobilisierten für gemeinnützigen Wohnungsbau, für lokale Krankenpflege und Kinderbetreuung, für Hospitäler und Altenheime.

Im Nachhinein verwundert es daher nicht, dass sich einige dieser Vereine politisierten, aber auch radikalisierten.

Gerade der Essener Verein entwickelte sich schnell zum rebellischen Zentrum des Ruhrgebietes.

Schon 1872 organisierten die „roten Kaplane“ aus Essen den ersten Massenstreik.

Doch Klassenkampf mit Straßenbarrikaden und wilden Streiks war nicht unbedingt Ziel der sozialen katholischen Bewegung, eher die Sozialpartnerschaft und eine behutsame Revision des Kapitalismus.

Heute würde man von Zähmung sprechen.

Der neue politisch-soziale Katholizismus formte damals ein übergreifendes Bündnis aus aristokratischen Konservativen, Bauern, dem Mittelstand, Teilen des Bürgertums und Arbeitern.

Im Mittelpunkt stand Solidarität.

Der Druck von außen schweißte das
heterogene Bündnis zusammen:

Im Kulturkampf Bismarcks vertrat der
Katholizismus die Interessen der Arbeiter und
ihrer Verbündeten gegen die liberale,
oft protestantische Unternehmerschaft und
den preußischen Staat:

Für mehr Subsidiarität, gegen die Obrigkeit
und gegen das staatliche Monopol bei der
Wohlfahrt.

Die Protestanten damals waren nicht ganz
so kritisch gegenüber der Obrigkeit.

Sie waren geprägt von einem strengen Arbeitsethos auf der Grundlage von – wie man heute sagen würde – Fakten und Disziplin, gepaart mit der Kontrolle der eigenen Emotionen und der inneren Bereitschaft, Arbeits- und Lebensleid als Fügung Gottes anzusehen.

Um die Jahrhundertwende wurde der Geist des Kapitalismus immer wieder auch mit seinen protestantischen Wurzeln in Verbindung gebracht.

Max Weber hat dies 1904 in seinem zweiteiligen Aufsatz über „die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ eingängig dargelegt.

Er kam seinerzeit zu dem bemerkenswerten Schluss, dass der asketische Protestantismus die ideale Mentalität für Unternehmer sei und die Protestanten eher eine technische, die Katholiken eher eine humanistische Schulbildung hätten.

Dieser Gegensatz zwischen protestantischen Technokraten und katholischen Humanisten scheint in der Alltagskultur und in den Mentalitäten manches Mal bis heute weiter zu leben.

Das Ruhrgebiet aber war damals – und ist bis heute – nicht nur das industrielle Herz Deutschlands, sondern auch ein großes gesellschaftliches Labor, in dem nicht nur ständig neue Produkte erfunden, sondern auch soziale und politische Innovationen erdacht, geboren und erprobt wurden.

Nach dem Schock des zweiten Weltkrieges gelang es beiden Konfessionen schließlich, ihre Gegensätze zu überwinden und gemeinsam vom jeweils unterschiedlichen Ausgangspunkt die Sozialpartnerschaft in Deutschland mehr und mehr zu verankern.

Der politische und soziale Katholizismus strebte die Zähmung des Kapitalismus nicht nur über eine faire Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten Volkseinkommens an, sondern auch durch eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Entscheidungsmacht in den Unternehmen.

Neben der Beteiligung am Unternehmensvermögen stand deshalb die wirksame Mitbestimmung auf der betrieblichen Ebene im Mittelpunkt ihrer Arbeit.

1949 stellte der Katholikentag in der größten Werkshalle des Bochumer Vereins dafür die Weichen und stellte fest, dass die Mitbestimmung "ein natürliches Recht in gottgewollter Ordnung" sei.

Die katholische Kirche hatte damit in der kontroversen Diskussion, die Deutschland erneuern sollte, entschieden Partei ergriffen.

Die evangelische Kirche zog ein Jahr später auf dem Evangelischen Kirchentag in Essen nach:

Die Mitbestimmungserklärung des Rates der EKD enthielt die zentrale Forderung, das „bloße Lohnarbeitsarbeitsverhältnis“ zu überwinden und den Arbeiter als „Mensch und Mitarbeiter“ ernst zu nehmen.

Ein weiteres Jahr später verständigte sich der Gewerkschafts-Chef Hans Böckler mit Bundeskanzler Konrad Adenauer über die Montanmitbestimmung.

Die durchaus explosive Streikbereitschaft im Ruhrgebiet war damit abgewendet, gemeinsam packten Arbeiter und Unternehmer für den Wiederaufbau an und lösten so das spätere Wirtschaftswunder aus.

Gleichzeitig war durch den Pakt von Regierung und Gewerkschaften das Fundament für das rheinische Modell gelegt.

Beide Konfessionen haben im Ruhrgebiet fortan darüber hinaus versucht, die Menschen in ihrer Arbeitswelt zu begleiten und unterstützten sie dabei, die „Würde der Arbeit“ zu verteidigen.

Katholische und evangelische Christen gründeten die GSA, die „Gemeinsame Sozialarbeit der Konfessionen“.

Sie war eine der ersten ökumenischen Initiativen Deutschlands.

Es galt, das betriebliche Gemeinschaftsleben neu zu ordnen, den Klassenkampf zu unterbinden und den Betrieben als soziale Gemeinschaften neue Bedeutung zu verleihen.

Die Ziele der GSA gelten noch heute.

Grundlage für die Sozialarbeit sind die
Maßstäbe christlichen Denkens.

Ich möchte die Bedeutung dieser
ökumenischen Initiative mit Worten von
Dr. Franz Grave unterstreichen:

Er sagte: „Der Mensch steht im Mittelpunkt.

Ihm geben Unternehmen und Kirche
Hilfestellung, sich im Betrieb zu orientieren.

Gleichzeitig kultiviert die GSA die Solidarität
und stärkt die persönliche Verantwortung
jedes Einzelnen.“

Dieses Anliegen ist und bleibt untrennbar
auch mit dem Namen von Dr. Franz
Hengsbach verbunden.

Kein Mann der Kirche verkörperte diesen
Anspruch so glaubwürdig wie er, der 1958
als erster Bischof des neu errichteten
Bistums Essen eingeführt worden war.

Hengsbach hatte schon als Kind das
Ruhrgebiet in Gelsenkirchen-Schalke
kennengelernt und kannte wie wenige das
Laben und die Bedürfnisse der Stahlkocher
und Bergleute.

In seinem Bischofsring trug er ein Stück
Kohle, über das er gerne und auch
richtigerweise sagte, es sei aus demselben
chemischen Element wie ein Diamant.

Bischof Hengsbach fuhr in seiner Amtszeit mehr als 100 Mal in ein Bergwerk ein, er marschierte an der Spitze von Demonstrationen und gründete den Initiativkreis Ruhr, dem auch die evangelische Kirche angehört und gründete vor 50 Jahren die Akademie, in der wir uns heute versammelt haben.

Die katholische Akademie Wolfsburg ist ein bedeutender und wichtiger Think Tank der katholischen Kirche und ein Ort, an dem die „Grenze zwischen Kirche und Welt überschritten“ wird.

Meine Damen und Herren,

wir stehen heute im übertragenen Sinne an der Wiege des rheinischen Modells der sozialen Marktwirtschaft.

In diesem Modell sind viele Wertvorstellungen und Ethik-Grundsätze beider Kirchen in die Realität umgesetzt worden.

Es verknüpft die freie Marktwirtschaft eng mit dem Konsensprinzip und der tarifpartnerschaftlichen Mitgestaltung durch die Gewerkschaften.

Zusammen mit der sozialstaatlichen Ausgestaltung und dem beruflichen Bildungssystem hat sich im Laufe der Zeit ein Modell der sozialen Marktwirtschaft herausgebildet, das heute wieder weltweit als nachahmenswertes Modell und als Gegenentwurf zum unregulierten Raubtier-Kapitalismus wahrgenommen wird.

Es kann jeden Vergleich mit sozialistischen Ideen bestehen, weil es praktisch und pragmatisch zugleich ist, dazu Gerechtigkeit und eigenverantwortliches Handeln fördert und sich dazu in der gerade abebbenden Wirtschaftskrise mehr als bewährt hat.

Dass in dieser schwierigen Zeit nicht mehr Arbeitsplätze verloren gingen, ist auch dem Sozialstaatsverständnis des rheinischen Modells zu danken.

Der katholischen Kirche war immer wichtig, dass sozial Schwache, die in der Lotterie des Lebens kein gutes Los gezogen haben, unabhängig von ihrem wirtschaftlichen Leistungsvermögen ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Leben und auf einen Mindestanteil an wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gütern haben.

Die Kunst des rheinischen Modells bestand und besteht darin, dass es gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Teilhabe für Arbeitnehmer ermöglicht.

Und gleichzeitig einen gesunden und fairen Wettbewerb ermöglicht, der die produktiven Kräfte der Gesellschaft zu entfesseln versteht.

Dies sind auch Erfolgsfaktoren, an denen sich Deutschland heute orientieren sollte, um im internationalen Wettbewerb an der Spitze zu bleiben.

Denn nur erfolgreiche Unternehmen, die Gewinne erwirtschaften, sind auch in der Lage, dauerhaft Arbeitsplätze zu sichern, in Forschung und Entwicklung zu investieren und Steuern zu zahlen, damit die Staatsverschuldung zurückgeführt werden kann.

Wenn wir den Begriff der Nachhaltigkeit ernst nehmen, müssen wir alles daran setzen, unseren Kindern nicht nur eine intakte ökologische sondern auch intakte soziale und ökonomische – also ausbalancierte – Gesellschaft zu übergeben.

Meine Damen und Herren,

durch die Wiederbelebung des rheinischen Modells kann Deutschland zu einer Vorsprungsgesellschaft werden.

Sie beruht auf den schöpferischen
Potenzialen unserer Gesellschaft, die immer
vielfältiger, toleranter und weltoffener wird.

Sie beruht auf den kreativen Talenten
unserer Universitäten, Forschungslabore
und Werkshallen.

Sie beruht auf unserer politischen und
sozialen Innovationsfähigkeit und Kraft,
diese auch im Zeitalter der Globalisierung zu
pflegen und weiterzuentwickeln.

Meine Damen und Herren,

nur zu gut können wir uns an die
Forderungen von nicht wenigen Akteuren
der Finanzmärkte nach radikaler
Deregulierung aller Märkte und
Privatisierung aller Daseinsvorsorge
erinnern.

Wie gut, dass wir diesem Ruf nicht blind gefolgt sind.

Wir dürfen auch froh darüber sein, dass wir im Gegensatz zu anderen Volkswirtschaften unsere industriellen Kerne weitestgehend bewahren konnten.

Denn die sogenannte „old economy“ muss und wird Antworten auf die Herausforderungen der globalen Ressourcenverknappung, des Klimawandels, sowie die Ernährung und Gesundheit einer weiter wachsenden Weltbevölkerung geben.

Was aber haben wir aus der Finanzkrise gelernt?

Diese Frage bleibt in weiten Teilen noch offen.

In der Bevölkerung jedenfalls macht sich –
das zeigt die übergroße Mehrheit der
Umfragen – die Einschätzung breit, dass die
Banken zum „business as usual“
zurückgekehrt sind und der kleine
Steuerzahler die Zeche zu zahlen hat.

Tatsächlich sind die angekündigten
Regulierungsmaßnahmen und verschärften
Kontrollmechanismen von der Politik nur
zaghaft in Angriff genommen worden.

International scheiterten einige wenige
Initiativen an der notwendigen
länderübergreifenden Akzeptanz.

Wie aber wollen wir das Vertrauen der
Bevölkerung in Europa in Politik und
Wirtschaft zurückgewinnen?

Meine Damen und Herren,

Angesichts der globalen Wirtschaftskrise schlägt Papst Benedikt der Sechzehnte in seiner Enzyklika „Caritas in Veritate“ die Gründung einer weltweiten Steuerungsinstanz vor.

Eine solche politische Weltautorität sei notwendig, um die Weltwirtschaft zu lenken, die von der Krise betroffenen Volkswirtschaften zu sanieren und einer weiteren Verschärfung der Krise vorzubeugen.

Die Krisenmanager sind dem Papst durchaus schon ein gutes Stück gefolgt:

- In Europa wird immer klarer, dass es zumindest ohne eine koordinierte Finanzpolitik nicht mehr geht.

- Der Weltklimagipfel und die Treffen der G20 haben gezeigt, dass die Schwellenländer endlich ein Wort mitreden bei der ökologischen und finanziellen Regulierung ihrer Märkte.

Die Enzyklika beschreibt weiter die globalen Probleme zutreffend:

- Angesichts der derzeitigen internationalen wirtschaftlichen Dynamiken mit ihren schwerwiegenden Verzerrungen und Missständen mahnt der Papst unmissverständlich:

„Eine der größten Gefahren ist sicher die, dass das Unternehmen fast ausschließlich gegenüber den Investoren verantwortlich ist und so letztendlich an Bedeutung für die Gesellschaft einbüßt.“

Die katholische Kirche vertritt seit jeher,
dass die Wirtschaftstätigkeit als solche nicht
als antisozial angesehen werden darf.

Wichtig ist dem Papst aber wohl, dass sie
darüber hinaus den gesellschaftlichen
Zusammenhalt fördert und von
gegenseitigem Vertrauen geprägt ist.

Dem kann ich auch als (evangelischer)
Wirtschaftsführer nur uneingeschränkt
zustimmen.

Meine Damen und Herren,

die katholische Kirche ist sich in diesem
Punkt im Übrigen mit der evangelischen
Kirche durchaus sehr einig.

In der Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“, die der Rat der evangelischen Kirche vor zwei Jahren veröffentlichte, wird der Stellenwert von Vertrauen klar und besonders herausgestellt.

Zwar bleibe die moderne Wirtschaftswelt weiterhin angetrieben durch das Eigeninteresse und die Selbstverwertung des Kapitals.

Aber das Vertrauen, dass das wirtschaftliche Handeln trägt, schwinde dann, wenn die Shareholder Value-Orientierung eine solche überragende Bedeutung gewinnt, dass die Interessen der Stakeholder wie Arbeitnehmer und Verbraucher in den Hintergrund rücken.

Wichtig ist auch der evangelischen Kirche,
dass die radikale Marktwirtschaft den
sozialen Zusammenhalt nicht zerstört.

Aus ihrer Sicht gerät das Konzept der
Sozialen Marktwirtschaft in immer mehr
Ländern in der Welt, vor allem in den
Schwellenländern, zunehmend ins Blickfeld
des Interesses.

Gerade diese Länder würden erkennen,
dass das einseitige Setzen auf eine rasante
Wirtschaftsentwicklung „zu großen inneren
Verwerfungen führt und den gesellschaft-
lichen Zusammenhalt bedroht“.

Diese Länder stellen einen enormen
Nachholbedarf im Bereich des Sozialen fest.

Und auch hier wird in der Denkschrift das
rheinische Modell als Vorbild empfunden:

- „Es ist gerade Deutschland, von dem (diese Schwellenländer) besonders wertvolle Hilfe und sogar konkrete Beratung erwarten.

Damit könnte sich das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als Modell für die Stärkung der sozialen Dimension der Globalisierung entpuppen.“

Die soziale Marktwirtschaft hat neben Ludwig Erhard viele Väter und wir wissen, dass beide Konfessionen in Deutschland und gerade hier im Ruhrgebiet, schlussendlich einen wesentlichen Anteil an der Ausgestaltung des Sozialen Elements in der Marktwirtschaft hatten.

Die Protestanten erheben sogar durchaus einen gewissen Anspruch auf Urheberschaft:

Die in Deutschland entwickelte
gesellschaftspolitische Konzeption der
Sozialen Marktwirtschaft ist ein
Gegenentwurf sowohl zu
planwirtschaftlichen als auch zu rein
wirtschaftsliberalen Vorstellungen.

Die Verknüpfung von hoher wirtschaftlicher
Dynamik und funktionierendem Wettbewerb
mit sozialer Gerechtigkeit wurde zur
Voraussetzung für breiten Wohlstand.

Deshalb – so die evangelische Kirche –
verwirklichen sich in der sozialen
Marktwirtschaft – ich zitiere – „ursprünglich
protestantische Werthaltungen.“

Wie stark sich dabei die evangelische Kirche bei der Entwicklung von ethischen Handlungsmaximen ganz im Sinne von Max Weber engagiert, ist bemerkenswert.

Die Denkschrift geht sehr tief und kenntnisreich auf die Rahmenbedingungen unternehmerischen Handelns ein.

Sie beschreibt sehr detailliert Empfehlungen zu den Themen Erhalt und Abbau von Arbeitsplätzen, Konsumerwartungen, Finanzierungsinstrumente, Mitarbeiterbeteiligung, Mitbestimmung und natürlich Managergehälter.

Schon 1524 hat Martin Luther an unverhältnismäßigem Einkommen Anstoß genommen.

Mit Blick auf die in kürzester Zeit zu Reichtum gekommenen Unternehmer des Frühkapitalismus stellte er seinerzeit fest:

„Wie sollt das immer mögen göttlich und recht zugehen, dass ein Mann in so kurzer Zeit so reich werde, dass er Könige und Kaiser aufkaufen möchte?“

Auch heute erregen maßlos erscheinende Einkommenszuwächse zu Recht Anstoß, vor allem, wenn Gewinne und Entlassungen zeitlich eng zusammenfallen.

Alles in allem ist es bemerkenswert, wie sich beide Kirchen doch über die vergangenen 150 Jahre ihren jeweiligen Grundsätzen treu geblieben sind, nach denen sie damals schon im Ruhrgebiet gehandelt haben.

Heute haben beide Kirchen große Anteile dazu geleistet, moderne Antworten auf die Fragen der ethischen Verantwortung in Zeiten der Globalisierung zu formulieren.

Aber, meine Damen und Herren,

- nimmt die Wirtschaft und ihre Führung diese sehr konkreten Handlungsmaximen der beiden Kirchen tatsächlich ernst?
- Stellen wir uns unserer ethischen Verantwortung in der Globalisierung?

Wir sollten aufrichtig sein:

Zu oft verschanzen sich die Wirtschaftseliten hinter den Floskeln von der „Corporate Social Responsibility“.

Die persönliche, individuelle Verantwortung wird outgesourct und auf irgendwelche allgemeine Wohlfühl-Programme des Unternehmens übertragen.

Vor dem Hintergrund der gerade einigermaßen bewältigten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, in der sich die soziale Marktwirtschaft großartig geschlagen hat, ist es mehr als ärgerlich, vielleicht sogar tragisch, dass das Vertrauen der Deutschen in die soziale Marktwirtschaft auf einem Tiefpunkt angelangt ist.

Im vergangenen Oktober 2010 waren gerade noch 48 % der Bundesbürger der Meinung, unsere Wirtschaftsordnung habe sich bewährt.

So gering war der Anteil seit der ersten Befragung im Jahr 1994 noch nie.

Vertrauen kann aber nur dann wiedergewonnen werden, wenn auch Wirtschaftsführer ihre eigene Verantwortung wieder persönlich wahrnehmen, wenn aufgehört wird, Wasser zu predigen und Wein zu trinken.

Dies bedeutet auch:

Geradestehen für Entscheidungen, aber auch Empathie entwickeln für diejenigen, die von unternehmerischen Entscheidungen gerade nicht profitieren und deshalb diese nicht mittragen wollen.

Noch zu viele Manager unterschätzen die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns.

Solidarität ist keine Einbahnstraße.

Offenheit und Diskussionsbereitschaft

auch nicht.

Was muss getan werden, um Vertrauen

in unser Wirtschaftssystem wieder

herzustellen?

- Beide Kirchen haben in Deutschland an der Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft über Jahrzehnte sehr erfolgreich mitgewirkt.

Sie hat sich jüngst in Krisenzeiten – auch

im internationalen Systemwettbewerb –

bewährt und ist auch als Zukunftsmodell

meines Erachtens alternativlos.

Wenn wir unseren Wohlstand bewahren wollen, dürfen wir auch in der gesellschaftlichen Debatte nicht still stehen.

- Beide Kirchen haben Politik und Wirtschaft eindringlich und zu Recht darauf hingewiesen, dass die soziale Marktwirtschaft eine Erneuerung und eine Vergewisserung ihrer Handlungsmaximen benötigt.

Das ist der erste Schritt, um wieder Glaubwürdigkeit und Vertrauen herzustellen.

- Hierzu gehört auch, dass Wirtschaftsführer sich der öffentlichen Diskussion, auch der Kritik stellen.

- Wenn man ernsthaft bedenkt, was ein durchschnittlicher Politiker sich gelegentlich von seinen Wählern anhören und gefallen lassen muss, dann entwickelt sich Respekt vor deren Frust- und Stehvermögen.

Welcher hoch bezahlte Unternehmer würde sich so etwas antun?

Meine Damen und Herren,

die Wirtschaftsführer zählen sich zu Recht zu den Eliten unseres Landes.

Aber: gerade die größten Vorbilder dürfen nicht den Kontakt zum Bürger verlieren, sie müssen geerdet bleiben.

Wie of neigen Manager dazu, Politiker herabzuwürdigen als Individuen, die keine Ahnung haben von der Welt der Wirtschaft.

Man könnte selbstkritisch auch umgekehrt fragen:

Haben wir Manager überhaupt genügend Verständnis, wie kompliziert politische Entscheidungsprozesse und die Organisation tragfähiger Mehrheiten zustande kommen?

Wie mühsam und doch wie wichtig es für den Zusammenhalt einer Gesellschaft sein kann, sich einander zuzuhören und für Konsens zu werben?

War es am Ende nicht doch erstaunlich,
welch befreiende Wirkung der Schlichter
Heiner Geissler in den Gesprächen
zwischen Gegnern und Befürwortern von
Stuttgart 21 entfalten konnte.

Das Verfahren könnte uns Vorbild sein.
Allein das Anhören der gegensätzlichen
Argumente hat in Stuttgart mehr Frieden
gestiftet, als so mancher Polizeieinsatz.

Meine Damen und Herren,

wir alle sollten wieder lernen, ernsthaft und
proaktiv zuzuhören.

Zum Beispiel unseren Kirchen, die manches
Mal mehr über die Arbeits- und Lebensnöte
unserer Mitarbeiter und Mitbürger wissen,
als wir selbst.

Und wir Wirtschaftsführer sollten uns wieder verstärkt dem Dialog eröffnen.

Wir sollten uns für das Gemeinwohl mehr als bisher auch persönlich verantwortlich fühlen.

Papst Benedikt der Sechzehnte sagt:

„Solidarität bedeutet vor allem, dass sich alle für alle verantwortlich fühlen, das ist schließlich eine konkrete und tiefgründige Form wirtschaftlicher Demokratie.“

Thomas Mann erlaubte sich 1938 in einer Rede vor dem American Committee for Christian Refugees die strenge Gleichsetzung von Christentum und Demokratie:

„Demokratie ist nichts anderes als der politische Name für Ideale, welche das Christentum als Religion hervorgebracht hat.“

Das wäre auch mein Fazit, meine Damen und Herren.

Kirche, Gewerkschaften, Politik und Wirtschaft müssen zuvorderst den Schulterschluss wagen, und gemeinsam für mehr Gemeinsinn und Demokratie kämpfen.

Ganz im Sinne von Bischof Hengsbach.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit mit einem herzlichen „Glückauf“!